



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI



Dass Schwarzarbeit von Seiten der Gewerkschaften immer wieder angeprangert wird, ist nichts Neues. Schon seit Jahren wird in dieser Frage sehr entschieden Stellung bezogen. „Schwarzarbeit lohnt Dich nicht“, hieß dann auch eine Informationskampagne, die in Südtirol vor wenigen Jahren vom AFI zusammen mit Partnern lanciert wurde.

Vor dem Hintergrund der Finanzkrise hat jüngst auch die Politik in der Eurozone erkannt, dass Schwarzarbeit und Steuerflucht die öffentlichen Budgets in einer Form belasten, die nicht mehr tragbar ist. Als ein Meilenstein darf die Berlin Tax Conference im Oktober 2014 betrachtet werden. Hier haben 51 OECD-Staaten einen Schulterchluss gegen die Steuerflucht getroffen: Steueroasen wie Liechtenstein oder die Cayman-Inseln sollen ausgetrocknet wer-

den. Für den Euro-Raum besonders wichtig ist die Schweiz. Sie ist Zielscheibe von bilateralen Abkommen, die nach und nach verabschiedet werden. Es geht um Offenlegungspflichten und Steuer-CD's, die den Steuerfahndern im Ursprungsland zur Verfügung gestellt werden. Auch Italien hat reagiert. Wie die Experten der Südtiroler Wirtschaftszeitung berichten, führt für die Rückholung von im Ausland „geparktem“ Kapital fast kein Weg mehr an der Selbstanzeige vorbei.

Nicht unerwähnt bleiben darf die klare Position, die der Wirtschaftsverband für Handwerk

Schwarz ist out

*Nicht nur Gewerkschaften, auch Politik und Wirtschaftsverbände beziehen immer stärker Position gegen **Schwarzarbeit** und **Schattenwirtschaft**. Ist das das Ende der Berlusconi-Philosophie, die Italien seit rund 20 Jahren prägt?*

und Dienstleister (lvh) jüngst in Punkto Schwarzarbeit bezogen hat. Obwohl die grassierende Schwarzarbeit sowohl Bürgern, Unternehmern und dem ganzen Land schade, würde dieses Thema oft verharmlost und gelte nicht selten als Kavaliersdelikt – so der Verband. Unternehmen, die in der Schattenwirtschaft arbeiten, würden die Einhaltung verschiedener Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit Verbraucherschutz, Arbeitsverhältnissen und der Umwelt umgehen. Dies führe zu einer Wettbewerbsverzerrung zwischen konkurrierenden Unternehmen. Nach Ansicht des lvh scheint das Phänomen nahezu in allen Sparten vertreten zu sein, vom gebeutelten Baugewerbe

über die Schönheitspflege bis hin zu den Installationsunternehmen und Friseurbetrieben. Doch, die Verantwortung liege nicht allein bei den Unternehmen. Jeder Kunde solcher Schwarzarbeiter solle sich Gedanken über seine soziale Verantwortung und die Auswirkungen auf den gesamten Wirtschaftskreislauf machen.

Dem Wirtschaftsverband für Handwerk und Dienstleister lvh gebührt Lob und Anerkennung für eine solch starke Positionierung. Gesellschaftlich betrachtet könnte es bedeuten, dass die Berlusconi-Philosophie, die in Italien ab 1994 Fuß gefasst hat, überholt ist. Trifft dies zu wäre es eine Weiterentwicklung der italienischen Gesellschaft.